



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung vom 22.07. bis 24.07.2025 – Auszug aus Drucksache 19/7778 –

Frage Nummer 36 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter **Benjamin Nolte** (AfD) Die Gespräche zur Markterkundung wegen des geplanten Baus des Konzerthauses in München sollten abgeschlossen sein, so dass ich die Staatsregierung frage, was das Ergebnis dieser Gespräche (Kostenschätzungen, Bauzeit, Planungsphase etc.) ist, und da der Bayerische Rundfunk (BR) in der Vergangenheit eine Kostenbeteiligung i. H. v. 65 Mio. Euro bei einem Gesamtvolumen von 380 Mio. Euro (18 Prozent) zugesagt hatte, in welcher Höhe wird der BR den Beitrag aufstocken bei der inzwischen ventilerten Summe von 500 Mio. Euro (sollten aufgrund der abgeschlossenen Gespräche tatsächlich Zahlen vorliegen, wird um diese gebeten) und in welcher Gestalt bestehen zwischen dem Erbbaurechtsgeber und dem Erbbaurechtsnehmer mögliche Konventionalstrafen (bitte um Angabe der Verstöße, Strafen)?

Antwort des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst in Abstimmung mit dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Wie in der Antwort auf die Anfrage zum Plenum (AzP) der Abgeordneten Susanne Kurz (Bündnis 90/Die Grünen) vom 06.05.2025 sowie in der Antwort auf die AzP des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) vom 09.04.2025 dargelegt, finden zur Umsetzung der von der Staatsregierung 2024 beschlossenen redimensionierten Neuplanung des Projekts Konzerthaus München derzeit Gespräche mit Baufirmen im Rahmen einer Markterkundung statt. Aussagen zum Ergebnis dieser Markterkundung können erst nach vollständigem Abschluss der Gespräche und ihrer internen Auswertung erfolgen. Eine Berichterstattung seitens der Staatsregierung ist nach aktuellem Stand für Herbst 2025 vorgesehen.

Aussagen zur finanziellen Beteiligung des BR sind ebenfalls erst im Rahmen der weiteren Konkretisierung des Projektstandes möglich.

Konventionalstrafen zwischen Erbbaurechtsgeber und Erbbaurechtsnehmer sind nicht vereinbart. Im Übrigen wird auf das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen vom 12.06.2024 verwiesen.